

Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 25. August 2010

1359. Schriftliche Anfrage von Roger Liebi und Bruno Wohler zur Energiepolitik der Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft. Am 2. Juni 2010 reichten Gemeinderat Roger Liebi und Gemeinderat Bruno Wohler (beide SVP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2010/243, ein:

Im November 2008 stimmten 75% der UrnengängerInnen der Vorlage der Stadt Zürich zu, den Energieverbrauch bis ins Jahr 2050 von heute 6000 Watt/Std/Person auf noch gerade 2000 Watt zu senken. Bei einer Wahlbeteiligung von 48% standen also rund 64% der Stimmberechtigten der 2000-Watt-Gesellschaft eher kritisch gegenüber.

Diese Haltung wird im neuesten Geschäftsbericht des ewz für das Jahr 2009 widerspiegelt, geht doch daraus hervor, dass der Stromverbrauch in der Stadt Zürich gegenüber 2008 trotz der Volksabstimmung gar gestiegen ist.

Stadtrat Türler schreibt im Editorial des Geschäftsberichtes kritisch, dass das Potenzial zur zusätzlichen Nutzung von Wasserkraft ausgeschöpft sei. Der Anteil des seit einigen Jahren mit viel kommunikativem Aufwand geförderten Solarstromes ist verschwindend gering. Trotz sinkender Kosten beträgt die Einspeisevergütung an die Betreiber immer noch 75 Rappen/kWh oder 4x mehr als Strom aus Wasser- oder Kernkraftwerken.

Aus Windkraft erzeugter Strom wird gemäss den Informationen des Stadtrates nicht etwa in reiner Form an die Zürcher Strombezüger verteilt, sondern lediglich als börsengehandelte Zertifikate. Der Strom selbst bleibt in der Region der Erzeugung (z. Bsp. in Norwegen).

Die Zuwanderung der letzten Jahre erfordert zusätzliche Infrastrukturmassnahmen. Natürlicherweise steigen die Benutzerzahlen beim Individualverkehr, aber besonders auch beim öffentlichen Verkehr. Von der SBB wurde kürzlich bekannt, dass Kapazitätsprobleme auch auf Ebene der Stromversorgung bestünden.

In der sozialdemokratischen Hauszeitung P.S. Nr. 20/10 vom 27. Mai 2010 schreibt Redaktorin Nicole Saland wörtlich: „Zaghafte beginnen zwar die Linken, im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft davon zu reden, dass sie sich wohl nicht nur dank technischen Fortschritts erreichen lässt, sondern dass auch Verzicht ein Thema werde.“

Vor diesem Hintergrund ist die SVP erstaunt, dass bis heute, 1 ½ Jahre nach der Abstimmung, immer noch ein konkreter Bericht zu Händen der Politik und der Bevölkerung fehlt, der detailliert die zwingenden Massnahmen und Folgen für jeden Haushalt, KMU und Wirtschaft aufzeigt, damit die in der Gemeindeordnung festgeschriebene, d.h. nicht mehr verhandelbare Reduktion des Energieverbrauchs pro Person und Tag auf 1/3 der heutigen Menge eingehalten wird.

Wir bitten den Stadtrat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Anteile an den gesamten in der Stadt Zürich verbrauchten Stromprodukten haben die tatsächlich, d.h. physisch (nicht durch Zertifikate ersetzte) eingespiessenen Energiearten? Bitte um detaillierte Aufstellung.
2. Welche Auswirkungen auf den Energieverbrauch hat die Zuwanderung zehntausender von Personen allein innerhalb der letzten 4 Jahre? Bitte um detaillierte Erläuterung und Zahlen.
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass 2009 und 2010 nahezu alle europäischen Staaten angesichts der Wirtschaftskrise und des Ausblicks bekräftigt haben, wieder verstärkt auf Kernkraft zu setzen?
4. Wie viel Energie pro Person in einem durchschnittlichen 4-Personenhaushalt kann allein mit Minergiebauweise maximal eingespart werden?
5. Welche konkreten, unbedingt einzuhaltenden Massnahmen plant der Stadtrat über die gesamte Zeit bis 2050? Bitte detaillierte Antwort in Text und Zahlen unterteilt nach Privathaushalten und Wirtschaft (wiederum unterteilt nach Branche und Betriebsart) und Etappenzielen (milestones).
6. Welche konkreten, unbedingt einzuhaltenden Massnahmen plant der Stadtrat über die gesamte Zeit bis

2050 betreffend Individualverkehr und öffentlichem Verkehr? Bitte um detaillierte Begründung mit Etappenzielen (milestones).

7. Wie beurteilt der Stadtrat die Meinung, dass die zwangsweise massive Reduktion des gesamten Energieverbrauches (also nicht nur des direkten Stromverbrauches pro Person) in der Stadt Zürich um 2/3 die Produktionskosten von Gewerbe, Industrie und Dienstleistern erheblich verteuern wird?
8. Welche Auswirkungen auf die gesamten Lebenshaltungskosten (Lebensmittel, Verbrauchsgüter, OeV, etc.) pro Person haben die Massnahmen aufgrund der 2000-Wattgesellschaft? Bitte um detaillierte Begründung und in Zeitetappen.
9. Welche Auswirkungen auf die persönliche Lebensweise der Zürcherinnen und Zürcher haben nach Ansicht des Stadtrates die umzusetzenden Massnahmen zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft?
10. Welche Auswirkungen auf die besonders auch durch den Stadtrat gepriesenen Tourismus-, Party-, Event-, und Kulturdestination Stadt Zürich hat die zwingend umzusetzende Reduktion des Energieverbrauches um 2/3 bis 2050 auf Hotels, Restaurants, Theater, Clubs und andere Veranstaltungen? Bitte um detaillierte Erläuterung.
11. Welche Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft der Stadt Zürich hat die im Vergleich zur gesamten Eidgenossenschaft und insbesondere der nahen angrenzenden europäischen Staaten wesentlich rigidere Energiepolitik der Stadt Zürich?
12. Welche Auswirkungen auf das Haushaltseinkommen pro Privatperson nach Steuern haben die aus der im Vergleich zur übrigen Eidgenossenschaft und zum angrenzenden Ausland wesentlich rigidere Energieverbrauchsbestimmungen der Stadt Zürich?
13. Welche Auswirkungen auf die Ansiedlung neuer Unternehmen hat das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft? Haben die bescheidenen Anteile der Ansiedlung finanziell und arbeitskräftemässig wichtiger Unternehmen in der Stadt Zürich im Rahmen der Greater Zurich Area bereits heute etwas zu tun? Bitte um detaillierte Erläuterung und Begründung.
14. Weshalb fehlt bis heute ein integraler Bericht des Stadtrates zu Massnahmen und Folgen der bis 2050 umzusetzenden Reduktion des Energieverbrauches in der Stadt Zürich um 2/3? Bitte um detaillierte Begründung.

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Einleitende Bemerkungen

- In der Revision der Gemeindeordnung vom 30. November 2008 wurde für die Reduktion der mittleren Primärenergiedauerleistung auf 2000 Watt pro Person keine explizite Jahreszahl festgelegt (vgl. dazu im Weiteren die einleitenden Bemerkungen zu der in derselben Sitzung beschlossenen Antwort des Stadtrates auf die Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2010/210).
- Die Höhe des Stromverbrauchs ist kein Indikator für den Primärenergieverbrauch, entscheidend ist die Quelle für die Stromproduktion. Zudem liegt der Stromverbrauchsanstieg in der Stadt Zürich in den vergangenen Jahren deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass der Umstieg von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien den Stromverbrauch tendenziell ansteigen lässt, etwa für den Betrieb von Wärmepumpen oder elektrisch angetriebenen Fahrzeugen.
- Die Solarstromförderung in der Stadt Zürich läuft hauptsächlich über die Solarstrombörse. Hier wurden die Vergütungen in den letzten Jahren deutlich gesenkt und liegen für neue Anlagen aktuell bei 57,9 Rp./kWh, was auch den Solarstrompreis für die Solarstromkundinnen und -kunden des ewz sinken lässt.
- Eine direkte physikalische Lieferung sämtlichen Stroms, an dessen Erzeugung das ewz beteiligt ist, ist aufgrund einfacher physikalischer Gesetzmässigkeiten, die im Stromnetz vorherrschen – Ohm'sches Gesetz, Kirchhoff'sche Regeln, Energieerhaltungssätze – nicht möglich, ausser die Stadt Zürich baut ein eigenes Netz, das von keinen anderen Stromproduzierenden und -verbrauchenden genutzt werden darf.

Zu Frage 1: Seit 2005 wird diese Information jährlich vom ewz publiziert, als «Stromkennzeichnung gemäss Energiegesetz (EnG)». Im Jahr 2008 (die Daten für 2009 stehen noch nicht zur Verfügung) stammte der Strom zu 65,8 Prozent aus Wasserkraft, zu 27,8 Prozent aus Kernkraft, zu 3,9 Prozent aus Abfall, zu 1,4 Prozent aus Biomasse und zu 0,2 Prozent aus Solarstrom aus Produktionsanlagen auf Schweizer Boden. Nur bei der Windenergie kamen bloss 0,1 Prozent aus der Schweiz, während 0,8 Prozent aus dem Ausland stammten.

Das bedeutet, dass 99,2 Prozent des von ewz an die Kundinnen und Kunden gelieferten Stroms im Jahr 2008 aus Anlagen auf Schweizer Boden geliefert wurden.

Zu Frage 2: Die Energiestatistik der Stadt Zürich liegt derzeit erst für das Jahr 2006 vor, da die Ölverbrauchsdaten immer erst verzögert erhoben werden können. Die Frage kann daher aufgrund der fehlenden Datenlage noch nicht beantwortet werden. Festzuhalten ist vorerst, dass es sich bei den Primärenergie- und Treibhausgasemissionszielen der 2000-Watt-Gesellschaft um Ziele pro Person und nicht um Gesamtziele für das Stadtgebiet handelt. Das Ziel der Gemeindeordnung wird durch Veränderungen der Bevölkerungszahl nicht beeinflusst.

Der Stadtrat hat jedenfalls keine Hinweise darauf, dass sich der Energieverbrauch des Durchschnitts der zuziehenden Personen wesentlich vom Durchschnittsverbrauch der bereits in Zürich wohnenden Personen unterscheidet. Die Zuwanderung hat überdies nie zu einem Engpass in der Stromversorgung geführt und wird auch in Zukunft keine entsprechenden Auswirkungen mit sich bringen, zumal Strombezüglerinnen und -bezügler – unabhängig davon, ob es sich nun um langjährige Bewohnerinnen und Bewohner oder um erst kürzlich zugezogene Personen handelt – durch ihre Gebührenzahlungen dazu beitragen, Produktion, Übermittlung und Absatz bedarfsgerecht und im Rahmen zukunftsfähiger Prozesse abzuwickeln.

Zu Frage 3: Es ist dem Stadtrat bekannt, dass Staaten wie Frankreich und England, deren Stromversorgung seit Jahren stark auf Kernenergie basiert, auch weiterhin auf die Kernenergie setzen. Das früher kernenergiekritische Schweden hat sich mit äusserst knapper Mehrheit im Parlament jüngst für eine Zukunft mit Kernenergie ausgesprochen. Die Chancen sind jedoch intakt, dass nach den demnächst fälligen Wahlen eine erneute Kehrtwende eingeläutet wird. Überdies sieht sich Schweden, wie auch Finnland, das weiter auf Kernenergie setzt, mit anderen strukturellen und topografischen Voraussetzungen konfrontiert als die Schweiz. In Deutschland ist die Verlängerung des Betriebs der bestehenden Kernkraftwerke noch nicht entschieden; neue Atomkraftwerke stehen auch in Deutschland nicht zur Debatte. In Italien beabsichtigt die Regierung, wieder in die Kernenergie zu investieren. Woher sie die Mittel nehmen will, hat sie bis heute nicht gezeigt. Weitere Staaten, die in den letzten Jahren bezüglich Kernenergie einen deutlichen Gesinnungswechsel vollzogen hätten, sind dem Stadtrat nicht bekannt.

Der Stadtrat hat vielmehr Kenntnis davon, dass das aktuellste Neubauprojekt eines Kernenergiereaktors in Finnland mit massiven Kostenüberschreitungen und zeitlichen Verzögerungen zu kämpfen hat.

In der Schweiz ist eine Verständigung der Betreibenden von Kernkraftwerken bezüglich der Verlängerung der Laufzeit der aktuellen und des Baus neuer Anlagen nach wie vor nicht in Sicht. Zudem ist der Standort eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Schweiz auch nach Jahren noch nicht geklärt.

Dem Stadtrat sind letztlich etliche Studien aufgefallen, die sehr klar aufzeigen, dass die Stromversorgung Europas ausschliesslich mit erneuerbaren Energien als machbar gilt und in der Tendenz sogar günstiger ist als mit Kernenergie¹. Aufmerksamkeit verdienen diese Publikationen insbesondere, weil sie mit konservativen Zahlen der Energieindustrie rechnen und somit die Leistungsfähigkeit der erneuerbaren Energien eher unter- als überschätzen. Treibende Kräfte hinter solchen Entwicklungen sind vor allem die grösseren Städte.

Zu Frage 4: Geht man vom gleichen Flächenbedarf pro Person aus, braucht ein MINERGIE-Gebäude rund 80 Prozent, ein MINERGIE-P-Gebäude rund die Hälfte der Energie, die in einem nach aktuellster Vorschrift neu gebauten Haus für Heizung und Wassererwärmung gebraucht wird.

Vergleicht man den Verbrauchswert eines MINERGIE-Gebäudes mit dem durchschnittlichen Verbrauchswert des gesamten aktuellen Zürcher Gebäudeparks, braucht ein MINERGIE-Gebäude nur rund ein Viertel und ein MINERGIE-P-Gebäude nur rund ein Sechstel der Energie. In Zahlen:

- Durchschnittswert im aktuellen Gebäudebestand der Stadt Zürich: etwa 560 MJ/m²a,
- Neubau nach Gesetz: 172 MJ/m²a,
- MINERGIE-Neubau etwa 140 MJ/m²a,
- MINERGIE-P-Neubau etwa 90 MJ/m²a.

Wird von einem Wohnflächenbedarf von 50 m² pro Person ausgegangen, ergibt sich in einem durchschnittlichen Wohngebäude des aktuellen Gebäudebestands somit ein Energieverbrauch von 28 000 MJ, was einer mittleren Dauerleistung von etwa 890 Watt pro Person entspricht.

In einem Minergie-P-Neubau mit ebenfalls 50 m² Wohnfläche pro Person ergibt sich für Raumheizung und Warmwasser demgegenüber eine mittlere Dauerleistung von etwas mehr als 140 Watt pro Person.

Zu Frage 5: Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Prozess. Die Feinplanung der Massnahmen hat sich immer an den Ergebnissen vorheriger Schritte und an den sich laufend ändernden externen Rahmenbedingungen (beispielsweise Preisentwicklung fossiler Energieträger) zu orientieren. Umsetzungsinstrumente sind etwa die mit Stadtratsbeschlüssen festgesetzten und der Öffentlichkeit vorgestellten Masterpläne Energie und Umwelt – mit ordentlichen Aktualisierungen alle vier Jahre, nächster Termin 2012.

Als Beispiel: Das vom Umwelt- und Gesundheitsschutz entwickelte und angebotene Energiecoaching hat fünf Leitlinien festgesetzt, die bei energetisch relevanten Massnahmen am Gebäude zu beachten sind:

1 Energieeffizienz steigern

Energieverbrauch des Gebäudes reduzieren (Energieniveau «Minergie» und «Minergie P-ECO»)

2 Erneuerbare und klimaschonende Energieträger

¹ EnergyWatchGroup 2010: Ein Plan für 100% erneuerbare Energien weltweit bis 2030. Berlin.
McKinsey im Auftrag der Europäischen Klimastiftung ECF 2010: Roadmap 2050. Brüssel/Bonn.
HafenCity University Hamburg and World Future Council Foundation 2010: 100% Renewable Energy and Beyond – for Cities, Hamburg, Germany.
Energiekonzept 2050, Eine Vision für ein nachhaltiges Energiekonzept auf Basis von Energieeffizienz und 100% erneuerbaren Energien, ForschungsVerbund Erneuerbare Energien, Berlin, Juni 2010

Bedarf möglichst mit Energien decken, die wenig graue Energie beinhalten und wenig CO₂-Emissionen zur Folge haben.

3 Gemeinschaftliche Lösungen

Gemeinschaftliche Lösungen prüfen, damit die umweltfreundlichen Energieträger in der Stadt Zürich optimal genutzt werden können (Contracting, Quartiernetze, Wärme- und Kälteverbünde).

4 Betrieb und Nutzung miteinbeziehen

Energetisch und ökologisch optimierten Betrieb bereits im Neubau- oder Sanierungsprojekt berücksichtigen.

5 Lebenszyklusbetrachtung

Kostenoptimierung über den gesamten Lebenszyklus anstreben.

Es ist nicht nur nicht möglich, zum heutigen Zeitpunkt Massnahmen anzugeben, die über die ganze Zeit bis 2050 Geltung haben sollen, es wäre unverantwortlich und aus wirtschaftlicher Sicht unsinnig. Vielmehr müssen wissenschaftliche Erkenntnisse, technische Entwicklungen und Best Practice-Beispiele aus dem In- und Ausland laufend, dynamisch und flexibel in die Planung der nächsten Schritte einbezogen werden. Abschliessend kann jedoch gesagt werden, dass folgende Grundsätze bis 2050 in Kraft bleiben werden:

- Energie sparsam einsetzen
- Energie effizient einsetzen
- Erneuerbare Energien fördern

Zu Frage 6: Ähnliches, was in der Antwort zu Frage 5 ausgeführt worden ist, lässt sich auch hier festhalten. Die Stadt Zürich orientiert sich an der Mobilitätsstrategie und ihren derzeit ausformulierten 19 Teilstrategien. Auch sie werden regelmässig überprüft und bedarfsgerecht aktualisiert. Erst kürzlich hat der Stadtrat, wie bereits bekannt gegeben worden ist, die Teilstrategie zur Elektromobilität genehmigt und damit deutlich gemacht, unter welchen Rahmenbedingungen er eine entsprechende Entwicklung sieht und unterstützt. Der Stadtrat geht allerdings davon aus, dass in den nächsten Jahren nicht von einer breiten Markteinführung von Elektroautos auszugehen ist.

Zu den Fragen 7 und 8: Die aktuellste wissenschaftliche Studie der ETH Zürich zu den Kostenfolgen der 2000-Watt-Gesellschaft² zeigt auf, dass die Schweizer Wirtschaft auch im Rahmen einer ambitionierten Energie- und Klimapolitik weiter wachsen kann. Sogar energieintensive Branchen verzeichnen im 2000-Watt-Szenario noch immer eine positive Wachstumsrate. Bereits heute ist feststellbar, dass sich namentlich Grossunternehmen mit professionellen Umweltfachleuten im Stab sowohl strategisch als auch in den konkreten Massnahmen weitgehend auch an den Visionen der 2000-Watt-Gesellschaft orientieren. KMU machen heute vielfach deutlich, dass sie erkannt haben, mit Optimierungsschritten in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft ihre Chancen am Markt gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung erzielen und Kosten langfristig senken zu können.

Zu Frage 9: Novatlantis hat bereits in einer Broschüre aus dem Jahr 2005³ aufgezeigt, wie die konkrete Lebensweise in der 2000-Watt-Gesellschaft aussehen kann. Der Stadtrat ist durchaus der Ansicht, dass diese Perspektive weder Grund zu Sorgen gibt, noch die Attraktivität der Stadt Zürich in Frage stellen würde.

² Center of Economic Research at ETH Zurich 2010: How rich is the 2000 Watt Society? ETH Zurich, Departement of Management, Technology, and Economics.

³ Novatlantis – Nachhaltigkeit im ETH-Bereich

mit Unterstützung des Bundesamtes für Energie BFE und des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins SIA (Hrsg.) 2009: leichter leben. Ein neues Verständnis für unsere Ressourcen als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung – die 2000-Watt-Gesellschaft.

Zu Frage 10: Vergleiche die Antworten zu den Fragen 7 und 8.

Zu Frage 11: Massnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien schaffen regionale Wertschöpfung und damit auch regionalen Wohlstand. Ferner können sie als Präventionsmassnahmen gegen steigende Energiepreise verstanden werden. Der Stadtrat ist daher davon überzeugt, dass seine Energiepolitik einen beachtlichen Anteil zur hohen Lebensqualität in der Stadt beiträgt und die Marktchancen der hier domizilierten Unternehmen keineswegs gefährdet. Im Gegenteil nimmt er wahr, wie sich Zürcher Unternehmen nicht nur sehr gut behaupten, sondern durch die Tatsache, dass sie auf die Marke «2000-Watt-Gesellschaft» setzen, bei vergleichbarer Ausgangslage die Konkurrenz sehr wohl auszustechen vermögen. Dies zeigt auch der hohe Anteil von Geschäftskunden, welche bei ewz trotz Aufpreisen ökologische Stromprodukte beziehen und sich im Rahmen von Grossverbrauchervereinbarungen freiwillig zu Effizienzmassnahmen verpflichtet haben. Überdies wird durch andauernd beste Qualifikationen in Städtevergleichen bezüglich Lebensqualität bestätigt, dass auch international verstanden worden ist, dass Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft – einen attraktiven, zukunftsfähigen Standort für Business und Wohnen darstellt.

Der Stadtrat stellt zudem fest, dass das Beispiel der Stadt Zürich Schule macht. Eine laufend grössere Zahl von Städten im In- und Ausland orientiert sich an den Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft. Selbst der Bund richtet sich mit dem Konzept EnergieSchweiz 2011 bis 2020 (veröffentlicht am 11. Juni 2010) an der 2000-Watt-Gesellschaft aus.

Zu Frage 12: Vergleiche einerseits die Antwort zu den Fragen 7 und 8. Andererseits wird es langfristig überdies so sein, dass die hier ansässigen Steuerzahlerinnen und -zahler aus dem Umstand, dass die Stadt Zürich durch frühere Investitionen in die Wasserkraft und in neuerer Zeit weitsichtig auf die Grundsätze einer nachhaltigen Energiepolitik gesetzt hat, eine interessante Perspektive vorfinden werden, die sich namentlich dadurch auszeichnet, dass die Stadt auf diesem Kurs von den Pressionsmöglichkeiten international agierender Konzerne und unberechenbarer Machthaber zunehmend unabhängiger wird und bleibt.

Zu Frage 13: Vergleiche auch die Antwort zu Frage 11. Angesichts der Tatsache, dass Energie hier nach wie vor günstig zu haben ist, wird kein Unternehmen deswegen Zürich als Standort wählen oder meiden. Es ist jedoch eine Tatsache, dass langfristig jene Gemeinwesen in der nationalen und internationalen Konkurrenz einen Vorteil haben werden, die ihre Energieversorgung hinsichtlich Quellen breit abstützen, krisenresistent absichern und auf Jahre hinaus durch eine zukunftsfähige, vertrauenswürdige Organisation sowie modernste, vernetzte Infrastruktur Konstanz und Qualität der Energielieferung garantieren. Dafür sind Unternehmen, denen an einer Wertschöpfung und dem Erhalt interessanter Arbeitsplätze auf längere Sicht gelegen ist, bereit, einen vertretbaren Preis zu entrichten.

Zu Frage 14: Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft stellt einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess mit vielen Chancen in zahlreichen Bereichen dar. Mit Instrumenten der rollenden Planung wie dem Masterplan Energie, dem Masterplan Umwelt oder der Mobilitätsstrategie wird wirkungsorientiert und unter Berücksichtigung der Aktivitäten anderer Akteure (z. B. kantonale und nationale Gesetzgebung) und der Entwicklung der Preise fossiler Energieträger massgeschneidert, fortlaufend und flexibel entschieden, welches die weiteren bzw. die nächsten Schritte beim Umsetzungsprozess sind.

Sowohl der Gemeinderat als auch die Stimmberechtigten beschäftigen sich regelmässig mit Sachvorlagen, die einen Beitrag zur Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft leisten. Die Ja-Stimmenanteile – bei Volksabstimmungen beispielsweise für die Rahmenkredite Windenergie, Energiedienstleistungen, Geothermie, im Gemeinderat etwa für die Rahmenkredite zugunsten energetischer Massnahmen bei Verwaltungs- und Finanzvermögensbauten sowie

des Energiecoachings – sind jeweils derart hoch ausgefallen, dass nur eine Schlussfolgerung als angezeigt erscheint: Sowohl der Gemeinderat als auch die Stimmberechtigten stehen hinter der stadträtlichen Haltung, dass die pragmatische, aber zielgerichtete und engagierte Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft der Stadt Zürich eine sichere Zukunft mit interessanter wirtschaftlicher Perspektive eröffnet.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy